

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. Mai 2000**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Deß, Albert (CDU/CSU)	4	Dr. Laufs, Paul (CDU/CSU)	37, 38
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	20, 21	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	1, 2
Girisch, Georg (CDU/CSU)	3, 31	Philipp, Beatrix (CDU/CSU)	5, 6
Goldmann, Hans-Michael (F.D.P.)	27, 28	Dr. Ruck, Christian (CDU/CSU)	36
Haupt, Klaus (F.D.P.)	24	Sebastian, Wilhelm Josef (CDU/CSU)	9, 10
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	7, 8	Dr. Seifert, Ilja (PDS)	25, 26
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	18, 19	Siemann, Werner (CDU/CSU)	22, 23
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	32, 33	Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	17
Irber, Brunhilde (SPD)	29, 30	Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	16
Dr. Kolb, Heinrich L. (F.D.P.)	34, 35	Zeitlmann, Wolfgang (CDU/CSU)	15
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	14	Zierer, Benno (CDU/CSU)	11
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	12, 13		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU) Wie viele zusätzliche Arbeitsstellen werden in den nächsten Jahren voraussichtlich bei den Zollbehörden geschaffen werden müssen, um den erhöhten Arbeitsaufwand durch die Ökosteuer bewältigen zu können, und welche Kosten werden damit voraussichtlich verbunden sein?

2. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung bei der geplanten Unternehmensteuerreform für Unternehmen aller Rechtsformen eine steuerliche Gleichbehandlung hinsichtlich der Kapitalanteilsveräußerungsgewinne zu erreichen, und wie beurteilt sie die Vorschläge der SPD in Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Erhöhung des Freibetrages bei Betriebsveräußerungen und -aufgaben mittelständischer Unternehmen (§ 34 Einkommensteuergesetz)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

3. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Verpflichtung aus dem dieser Regierung zugrunde liegenden Koalitionsvertrag aufgegeben, wonach „der Bereich Vertrags-Naturschutz erweitert“ werden soll, oder was beabsichtigt sie konkret zur Umsetzung dieses Ziels zu unternehmen?

4. Abgeordneter
**Albert
Deß**
(CDU/CSU) Mit welchen Initiativen will die Bundesregierung dem Eindruck entgegenwirken, sie nehme die Verpflichtung aus der dieser Regierung zugrunde liegenden Koalitionsvereinbarung nicht ernst, „bei den anstehenden WTO-Verhandlungen müssen in der internationalen Agrarpolitik ökologische und soziale Mindeststandards durchgesetzt werden“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

5. Abgeordnete
**Beatrix
Philipp**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse einer Umfrage der Universität Bremen unter Versicherten der Gmündner Ersatzkasse (GEK), der zufolge 27,4 % der Versicherten angegeben haben, dass ihnen im 4. Quartal 1999 Ärzte Leistungen vorenthielten – darunter verstärkt Arzneimittel, deren Verordnung verweigert oder ins Jahr 2000 verschoben wurde, und zwar nur in Ausnahmefällen mit einer medizinischen Begründung, sondern mehrheitlich mit Verweis auf das enge Arzneimittelbudget?
6. Abgeordnete
**Beatrix
Philipp**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Auswirkungen der Arzneimittelbudgetierung vor dem Hintergrund der vorgenannten Umfrage für gesundheitspolitisch vertretbar, und falls ja, wie wird die Angabe von 24 % der Befragten bewertet, denen Leistungen verweigert wurden und dadurch spürbare gesundheitliche Nachteile aufgrund der vorenthaltenen Verordnung erleiden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

7. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)
- Sind die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Bundesstadt Bonn über den sog. Bonn-Vertrag für den Zeitraum von 2000 bis 2003, die Staatsminister Dr. Michael Naumann in der mündlichen Fragestunde des Deutschen Bundestages am 30. Juni 1999 als „de facto abgeschlossen“ (vgl. Plenarprotokoll 14/49, Seite 4244 A) bezeichnet hatte, nunmehr zum Abschluss gekommen, und welche Gründe kann die Bundesregierung dafür vorbringen, dass der Bonn-Vertrag immer noch nicht unterzeichnet wurde?
8. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)
- Wie sehen die Vorstellungen der Bundesregierung über die langfristige Förderung der Kulturarbeit in der Bundesstadt Bonn seitens des Bundes aus, und durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung die Bundesstadt Bonn bei der Wahrnehmung gesamtstaatlicher Repräsentationsaufgaben gemäß § 6 Abs. 4 des Berlin/Bonn-Gesetzes vom 26. April 1994 unterstützen?

9. Abgeordneter
Wilhelm Josef Sebastian
(CDU/CSU)
- Liegt der Bundesregierung mittlerweile der Bericht der rheinland-pfälzischen Landesregierung zur neuen Konzeption des Arp-Museums in Remagen-Rolandseck vor, und – falls ja – wie bewertet die Bundesregierung das neue Konzept?
10. Abgeordneter
Wilhelm Josef Sebastian
(CDU/CSU)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Aussage des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement im Bonner General-Anzeiger vom 26. April 2000 im Zusammenhang mit der Errichtung des Arp-Museums, das Land Nordrhein-Westfalen wolle sich an der Verwirklichung des Neubaus nach Plänen des amerikanischen Architekten gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz beteiligen, und wie beurteilt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit, die Gremien der Ausgleichsvereinbarung mit diesem neuen Sachstand zu befassen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

11. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die vom Ständigen Ausschuss der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) am 21. März 2000 in Lissabon verabschiedete Empfehlung 664, wonach es dem Rat der WEU aufgegeben ist vorzuschlagen, dass die Europäische Union die Umwandlung der WEU-Versammlung in eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsversammlung, die eine genaue parlamentarische Prüfung der gemeinsamen Politik auf diesen Gebieten vornimmt, gutheißt, und welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung auf die Empfehlung 664 folgen lassen?
12. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung über Ausführungen eines ehemaligen Beraters des seinerzeitigen tschechischen Ministerpräsidenten Klaus auf einem deutsch-tschechischen Symposium der Sudetendeutschen Ackermann-Gemeinde in Iglau Mitte April 2000, in denen u. a. die Errichtung eines tschechischen Versöhnungsfonds zur Entschädigung sudetendeutscher Heimatvertriebener vorgeschlagen wurde, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diesen Vorschlag gegenüber der tschechischen Seite zu unterstützen?

13. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich der Anliegen der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, die Fragen der deutschen Sprachförderung in Ungarn und der Entsendung von Deutsch-Lehrkräften nach Ungarn betreffen, die die Vertreter der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen zuletzt im Rahmen eines informellen Treffens von elf Staatspräsidenten aus Mittel- und Osteuropa in Ungarn Ende April 2000 vorgetragen haben, und in welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, diesen Anliegen entgegenzukommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

14. Abgeordnete
**Gudrun
Kopp**
(F.D.P.)

Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den von statistischen Ämtern in ihrer „neunten Bevölkerungsvorausberechnung“ zu erwartenden drastischen Einwohnerschwund im Osten Deutschlands entgegenzuwirken?

15. Abgeordneter
**Wolfgang
Zeitlmann**
(CDU/CSU)

Mit welchen konkreten Initiativen und wann will die Bundesregierung die Verpflichtung aus der dieser Regierung zugrunde liegenden Koalitionsvereinbarung umsetzen, wonach sie die „nationale und internationale Bekämpfung der organisierten Kriminalität intensivieren und verbessern“ will?

16. Abgeordneter
**Dr. Hans-Peter
Uhl**
(CDU/CSU)

Warum ist die Bundesregierung auf dem Weg zu ihrem selbstgestellten „Ziel einer Harmonisierung der Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik“ in Europa nicht weitergekommen, und wo sieht die Bundesregierung im deutschen Recht die Haupthindernisse für eine solche europäische Harmonisierung, für deren Beseitigung sie auf Beschlüsse europäischer Gremien nicht angewiesen wäre?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

17. Abgeordneter
**Matthäus
Strebl**
(CDU/CSU)
- Wann und wie plant die Bundesregierung das Versprechen des dieser Regierung zugrunde liegenden Koalitionsvertrages zu erfüllen, sie werde „Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Beschäftigungschancen des Dienstleistungssektors besser genutzt und dazu Haushaltsdienstleistungen und private Dienstleistungsagenturen gefördert werden“?
18. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)
- Wie verteilen sich nach neuer Rechtslage geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (630-DM-Verträge) in absoluten Zahlen auf wirtschaftliche Branchen?
19. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)
- In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung die gemeldeten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in die Arbeitsmarktstatistiken aufzunehmen, und mit welchen erkennbaren Veränderungen für diese statistischen Reihen ist zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

20. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)
- Sind die Informationen in dem Bericht des Hamburger Magazins „stern“ vom 23. März 2000 zutreffend, dass die Bundeswehr gegenwärtig mit der Ausrüstung der „Fuchs“-Spürpanzer befasst ist, und wie erklärt sich die Bundesregierung Informationen desselben Magazins, wonach zwischen der Spürpanzer-Herstellerfirma H. und Bundeswehrexperten vereinbart wurde, dass die Wehrtechnische Dienststelle für Schusstests (WTD 91) der Bundeswehr die Schießerprobung der Fuchs-Spürpanzer übernimmt?
21. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass die Waffenanlage des Fahrzeugs einer vollständigen Erprobung unterzogen wird, die neben dem Schießbereich auch die Feuerleitanlage, die Waffensicherung, den Funktions- und Lebensdauerbeschuss, den Treffbildbeschuss sowie die Co-Messung einschließt, und wie erklärt sich die Bundesregierung einen solch beträchtlichen Auf-

wand für einen Spürpanzer, der nach Aussagen des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, unbewaffnet sein soll?

22. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)

Welche konkreten Initiativen im Hinblick auf Rüstungskooperation als vertrauensbildende Maßnahme mit Osteuropa hat die Bundesregierung bisher ergriffen, und was hat die Bundesregierung unternommen, bei unseren westeuropäischen Partnern für eine verstärkte Rüstungskooperation mit Osteuropa zu werben?

23. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die in der „Bild am Sonntag“ vom 23. April 2000 abgedruckte Äußerung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, die Wehrpflicht solle möglichst bald und ohne viel Aufhebens abgeschafft werden, denn sie sei heute nicht mehr bezahlbar?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

24. Abgeordneter
**Klaus
Haupt**
(F.D.P.)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die am 18. Januar 1999 von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, geäußerten Vorstellungen, ehrenamtlich tätigen Jugendlichen Vergünstigungen z. B. auch durch einen Preisnachlass beim Materialeinkauf in Einzelhandelsbetrieben zu gewähren, in die Tat umzusetzen, und welche gesetzgeberischen Initiativen plant die Bundesregierung insbesondere im Hinblick auf das Rabattgesetz diesbezüglich?

25. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS)

Mit welcher Aufgabenstellung und mit welchen Ergebnissen wurde am 4. Mai 2000 unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eine Tagung des Ausschusses „Zukunft des Zivildienstes“ durchgeführt?

26. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS)

Welche dieser Ergebnisse sind darauf gerichtet zu verhindern, dass die – aufgrund der im Haushaltssanierungsgesetz 1999 festgelegten Einsparmaßnahmen – beim Zivildienst erfolgten Veränderungen (Verkürzung der Dienstzeit von 13 auf 11 Monate ab Mitte 2000, Festlegung von niedrigeren Höchstgrenzen für den Einsatz von Zivildienstleistenden in den Jahren 2000 und 2001, Übernahme von 30 Prozent des Entlassungsgeldes für die Zivildienstleistenden durch die Einsatzstellen) nicht Situationen herbeiführen, bei denen die bisher erbrachten Leistungen im sozialen Bereich vor Ort entweder reduziert werden oder aber zu höheren Kostenbelastungen für die zu betreuenden Menschen – vor allem Kinder und Jugendliche, alte und pflegebedürftige Menschen sowie Menschen mit Behinderungen – führen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

27. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(F.D.P.)

Warum hat die Zentralstelle Schiffsuntersuchungskommission (ZSUK) im Februar 1999 eine Erhöhung der Mindestbesatzungen von Schubbooten bei Schubverbänden von mehr als vier Leichtern angeordnet?

28. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass z. B. Regelungen in den Niederlanden niedrigere Mindestbesatzungszahlen vorsehen, und welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung in diesem Punkt auf die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Binnenschiffer?

29. Abgeordnete
**Brunhilde
Irber**
(SPD)

Welche Vorgehensweise schlägt die Bundesregierung vor, um den Erhalt und die Pflege der Altwässer an der niederbayerischen Donau zu sichern, nachdem diese aufgrund weitgehend ungeklärter Zuständigkeiten zunehmend verlanden und dadurch ihre ökologische Funktion als Refugialgebiete, insbesondere für die Fischfauna, nur mehr unzureichend oder nicht mehr erfüllen können?

30. Abgeordnete
**Brunhilde
Irber**
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Zuständigkeit der Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltungen zum Erhalt von Altwässern zumindest für jene Bereiche, die eindeutig als Bestandteil der Bundeswasserstraße zu sehen sind, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Rechtsgültigkeit der *Richtlinien zur Erhaltung der Binnenschiffferei an den Bundeswasserstraßen* (1955), hier insbesondere Ziffer 5.2. der Richtlinien?
31. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Unterschied zwischen dem im Koalitionsvertrag erklärten Ziel, durch solidarische Hilfen zur ökonomischen und demokratischen Stabilisierung der MOE-Staaten beitragen zu wollen, und ihrem tatsächlichen politischen Handeln, keine ausreichenden Investitionsmittel einzuplanen für eine rasche Fertigstellung der Ost-West-Magistrale A 6, die einen Lückenschluss einer europäischen Autobahn zwischen der französischen Atlantikküste bis fast zum Schwarzen Meer darstellt, einzuplanen – weder im aktuellen Investitionsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen noch im sog. Anti-Stau-Programm?
32. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass geplant ist, die „Ökopunkte“ im Lkw-Verkehr zwischen Deutschland und Österreich im laufenden Jahr zusätzlich zu reduzieren, und – wenn ja – welche Auswirkungen hat diese Reduzierung im Hinblick auf die EU-Osterweiterung?
33. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Einführung eines „Flügelkonzeptes“ bei der Bahnlinie München–Hof mit umsteigefreien Verbindungen in Neufahrn nach Bogen, in Schwandorf nach Furth i. W. und Amberg und weitere Verbindungen im Taktverkehr z. B. über ihre Vertreter im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG voranzutreiben und eine Ausweitung nach Tschechien, z. B. Pilsen, u. a. durch Verhandlungen mit der tschechischen Regierung zu unterstützen?
34. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(F.D.P.)
- Sind Informationen zutreffend, dass es eine Einigung zwischen der Bundesregierung und der Deutschen Bahn AG in Bezug auf die Auflösung des Investitionsstaus bei den Erhaltungs- und Modernisie-

rungsaufwendungen der Strecken der Deutschen Bahn AG insbesondere gegeben hat, und wie sieht diese Einigung aus?

35. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(F.D.P.)

Mit welchem zeitlichen Rahmen ist nun bei den Erhaltungsarbeiten an den Bahnstrecken zu rechnen, und welche Strecken genießen hierbei Priorität?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

36. Abgeordneter
**Dr. Christian
Ruck**
(CDU/CSU)

Mit welchen Initiativen will die Bundesregierung dem Eindruck entgegenwirken, sie nehme die Verpflichtung aus der dieser Regierung zugrunde liegenden Koalitionsvereinbarung nicht ernst, „eine größere Harmonisierung der Umweltvorschriften in der Europäischen Union auf hohem Niveau“ anzustreben?

37. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung zusätzliche Organodosismerte zur Begrenzung deterministischer Strahlenrisiken, da nach Absenkung der Strahlenschutz-Grenzwerte gemäß der neuen EURATOM-Grundnormen die effektive Dosis bereits so niedrig liegt, dass deterministische Strahlenschäden ausgeschlossen sind (vgl. Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Gila Altmann, auf meine schriftlichen Fragen 67 und 68 in Drucksache 14/3147)?

38. Abgeordneter
**Dr. Paul
Laufs**
(CDU/CSU)

Wie vereinbart die Bundesregierung die über die neuen EURATOM-Grundnormen hinausgehende Beibehaltung von Teilkörperdosisgrenzwerten mit dem Anspruch einer EU-weiten Harmonisierung von Rechtsvorschriften und dem Abbau von Handelshemmnissen auch für Serviceleistungen?

